

Papenburg

## Bund will angeschlagene Meyer Werft retten

Die Meyer Werft braucht dringend finanzielle Zusagen. Bundeskanzler Olaf Scholz hat nun Hilfe versprochen. Die finale Lösung muss schon bis Mitte September stehen.

Martin Greive, Jens Koenen, Julian Olk  
22.08.2024 - 15:56 Uhr aktualisiert



Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD, vorn) nahm in Papenburg an einer Betriebsversammlung der Meyer Werft teil. Foto: Markus Hibbeler/dpa

**Berlin.** Gut ein Jahr nach seiner Wahl steckte Gerhard Schröder tief im Umfrageloch. Der SPD-Kanzler versuchte, sich mit einer gewagten Aktion zu befreien. Im November 1999 rettete er persönlich den angeschlagenen Baukonzern Holzmann. Mit „Gerhard, Gerhard“-Rufen wurde Schröder von der Belegschaft gefeiert.

Knapp 25 Jahre später stattete Olaf Scholz (SPD) am Donnerstag der angeschlagenen Meyer Werft in Papenburg einen Besuch ab. Und versprach wie einst Schröder staatliche Rettung.

„Wenn alle mitziehen – und daran habe ich keinen Zweifel –, dann trägt der Bund seinen Teil zur Lösung bei“, sagte der SPD-Politiker auf einer Betriebsversammlung der Werft. „Und ich habe die klare Erwartung, dass alle anderen Beteiligten mitziehen.“

Details seien noch zu klären, aber bis Mitte September soll die Einigung in trockenen Tüchern sein. „Die Meyer Werft ist ein Trumpf, den wir nicht aufgeben dürfen und den wir nicht aufgeben werden“, so Scholz.

**Das Handelsblatt hatte bereits am Sonntag über eine grundsätzliche Einigung berichtet, dass der Bund und das Land Niedersachsen zwischen 80 und 90 Prozent an der Werft übernehmen. Bund und Land wollen 400 Millionen Euro Eigenkapital zuschießen und Bankkredite mit Bürgschaften absichern.**



## Meyer Werft braucht 2,6 Milliarden Euro

Die staatlichen Hilfen sind Voraussetzung dafür, dass die Meyer Werft Kredite von den Banken bekommt, um bestellte Schiffe zu bauen. Die Werft braucht knapp 2,6 Milliarden Euro. **Die bisherigen Inhaber, die Familie Meyer, sollen ein Vorkaufsrecht erhalten, wenn sich der Staat in drei bis vier Jahren wieder zurückzieht.**

Scholz betonte vor der Belegschaft in Papenburg, die Werft sei ein „industrielles Kronjuwel“ und „systemrelevant“ für die maritime Wirtschaft in Deutschland. Letzteres gilt als Voraussetzung dafür, dass die EU den Staatshilfen zustimmt. Einschließlich Zulieferern und Dienstleistern hingen an dem Unternehmen rund 17.000 Arbeitsplätze.

„Ich bin sicher: Es geht weiter mit der Meyer Werft hier in Papenburg. Meine Unterstützung habt ihr“, sagte der Kanzler. Der Staatseinstieg solle zeitlich begrenzt sein, betonte Scholz indirekt. „Ziel ist, dass möglichst bald die Stabilität und Zukunftschancen der Werft mit überzeugendem privatwirtschaftlichen Engagement sichergestellt werden.“ Mit dem Staatseinstieg baue man der Werft „eine stabile Brücke in die Zukunft“.

Die FDP fordert genau dies von Scholz: einen Zeitplan für einen Wiederausstieg. „Wenn es um eine Beteiligung geht, kann das nur funktionieren mit einer klaren Exit-

Strategie“, sagte FDP-Wirtschaftspolitiker Reinhard Houben. Vorstellbar wäre etwa ein festgelegter Ausstieg des Bundes bis 2027. „Das ist für uns ganz wichtig.“



Die angeschlagene Werft braucht dringend staatliche Hilfen. Foto: Lars Penning/dpa

Nicht nur wegen dieser offenen Fragen warnte Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) vor vorschnellem Jubel. „Der Ball ist noch nicht im Tor“, sagte der SPD-Politiker, der ebenfalls auf der Betriebsversammlung in Papenburg auftrat.

Es handele sich um das größte Engagement, das das Land Niedersachsen je für die Rettung eines Unternehmens übernommen habe. Das Konzept sei gut, Meyer habe eine starke Zukunft. „Ich habe kein schlechtes Gewissen, ein solches Unternehmen zu retten“, sagte Weil.

Das hat auch Scholz nicht. Schon in Krisen hatte der Kanzler immer wieder beherzt ins Wirtschaftsgeschehen eingegriffen, spannte als Finanzminister in der Pandemie und später als Kanzler in der Energiekrise gigantische Rettungsschirme auf.

Noch besser aber lässt sich Tatkraft demonstrieren, wenn es um das Schicksal einzelner Unternehmen und deren Mitarbeiter geht. Nachdem Scholz erst am Dienstag das mit Milliarden subventionierte neue Werk des Halbleiter-Herstellers TSMC  in Dresden eröffnet hatte, konnte er sich nun binnen weniger Tage ein zweites Mal als Macher präsentieren. Damit will er auch dem Ampelstreit in Berlin etwas entgegensetzen.

## Staatseinstieg auch ein Risiko für Scholz

Doch derartige Auftritte heizen auch die regierungsinternen Eifersüchteleien immer wieder an. In den beteiligten Bundesministerien beschwerten sich Spitzenbeamte, dass sie bei TSMC oder der Meyer Werft die Hauptarbeit leisteten, Scholz die Rettung aber für sich reklamieren.

Allerdings geht der Kanzler mit seinem Vorgehen auch „ein bisschen ins Risiko“, wie es FDP-Wirtschaftspolitiker Houben ausdrückt. Denn jeder Staatseinstieg ist immer ein Wagnis. In der Pandemie ging die Rechnung der Regierung größtenteils auf: Der Staat rettete die Lufthansa  oder Tui, stieg aus den Unternehmen aber schnell wieder aus – mit ordentlichen Gewinnen.

Zuletzt allerdings gingen auch einige Beteiligungen schief, etwa die Rettung von Karstadt Kaufhof. Auch Holzmann musste drei Jahre nach der Rettung durch Schröder endgültig Insolvenz anmelden. Immerhin: Die Aussichten für die Meyer Werft gelten als besser.

Doch wenn am Ende Bilanz gezogen wird, kommt es für Scholz weniger auf die Rettung einzelner Unternehmen an. Dann steht die gesamtwirtschaftliche Lage im Fokus. Nach fünf Jahren Stagnation kalkuliert Scholz im Drehbuch für seine Wiederwahl fest mit dem Wirtschaftsaufschwung, den Ökonomen bis zur Bundestagswahl im September 2025 voraussagen.

Eigentlich hätte dieser bereits einsetzen sollen. Doch die Stimmung in der Wirtschaft bleibt frostig. Ein von S&P Global ermittelter Index, der die Produktion in der Industrie und im Dienstleistungssektor abbildet, deutete am Donnerstag auf eine schrumpfende Wirtschaft hin.

**Mehr:** „Erholung nicht in Sicht“ – Deutsche Wirtschaft beschleunigt Talfahrt